

Der erste Zwischenbericht der Schulinspektion, dessen Veröffentlichung für das Jahresende 2007 angekündigt worden war, wird vom MK offiziell unter Verschluss gehalten. Inoffiziell haben wohl aber doch einige Teilergebnisse den Weg aus dem MK in die Medien und zu Oppositionspolitikern gefunden, so dass in Presse und Landtag intensiv das vermeintlich schlechte Abschneiden der Gymnasien debattiert wurde. Die Herausgabe des Berichtes wird vonseiten des Kultusministers aber weiterhin verweigert: „Das ist ein Bericht in der Entwicklung, der ist nicht geeignet für eine breite Diskussion in der Öffentlichkeit.“

### Busemann hält Zwischenbericht unter Verschluss

Ein passender Zeitpunkt für eine Diskussion über das ganze System, so der Minister weiter in der Landtagssitzung vom 14. Dezember, sei dann erreicht, wenn eher 50 Prozent als 40 Prozent oder nur 35 Prozent der Schulen inspiziert worden sind. Die Landtagsabgeordnete der Grünen, Ina Korter, warf dem Minister daraufhin vor: „Kultusminister Busemann betrachtet die Schulinspektion als seine Privateinrichtung und ist nicht bereit, dem Parlament die Ergebnisse dieses Vorberichtes der Inspektion vor der Wahl zur Verfügung zu stellen.“

Warum aber hat das Kultusministerium einen Bericht wieder zurückgezogen, dessen erste Ergebnisse im Rahmen der Schulbeiratssitzung im November schon bekannt gegeben worden waren? Ein genauerer Blick auf die durchgesickerten Ergebnisse ist lohnend. Bis November 2007 wurden ca. 880 Schulen (28 Prozent) von den zu dem Zeitpunkt 52 tätigen Schulinspektoren und Inspektorinnen besucht, um u.a. 16.000 Unterrichtsstunden zu bewerten. Während bei GS und FöS ca. 15 Prozent der Schulen bewertet wurden, beträgt der Anteil im Bereich der HS 29 Prozent, der RS 35 Prozent, des Gymnasiums 56 Prozent, der GeS 64 Prozent und der BbS 59 Prozent.

Eine Nachinspektion erfolgt gemäß der vom MK gesetzten Vorgaben, wenn acht oder mehr der 15 Kriterien des Qualitätsrahmens „unter Standard“ bewertet werden bzw. wenn drei Teil-Kriterien im Bereich „Lehrerhandeln“ nicht genügen. 45 Schulen zeigten solche Mängel; gut fünf Prozent

## Zwischenbericht der Schulinspektion MK verweigert Veröffentlichung



Foto: dpa

**Knapp ein Drittel der niedersächsischen Schulen hat die Schulinspektion durchlaufen. Ein Ergebnis: Nachholbedarf besteht in Sachen innere Differenzierung und individuelle Förderung.**

der Schulen müssen sich einer Nachinspektion stellen. Bis Jahresende lagen die Ergebnisse von weiteren 75 Inspektionen vor, bei denen sieben Schulen einen „Nachinspektions-Befund“ erhielten. Dieses sind Ergebnisse, die den Erwartungen des MK voll entsprechen und die im Trend der anderen Bundesländer liegen. Nichts Überraschendes also.

### Ergebnisse sind durchgesickert

Es ist auch kein Geheimnis, dass insbesondere die Bereiche „Lehrerhandeln im Unterricht“ und „Individuelle Förderung und Unterstützung“ deutlich unterdurchschnittliche Ergebnisse vorweisen (75 Prozent schwache bis sehr schwache Bewertungen), denn hier versucht das MK schon jetzt durch den Einsatz von mehr als 120 Trainer/innen für Unterrichtsqualität zu reagieren. Und dass die Schulleiterinnen und Schulleiter Unterstützungsbedarf im Bereich des „Qualitätsmanagements“ haben, zeigt die groß angelegte Qualifizierungsoffensive für diesen Personenkreis. Kein Wunder dürfte auch sein, dass bei ca. 50 Prozent der Schulen noch Unterlagen wie Methoden-, Medien- oder Fortbildungskonzepte fehlen oder aber die Datenlage über Schulerfolge (Outcome) unzureichend ist. Auch im Hinblick auf Maßnahmen zur inneren Differenzierung oder gezielten individuellen Förderung stellt die Inspektion einen großen Nachholbedarf der Schulen fest. All das dürfte auch ohne Schulinspektion

schon bekannt gewesen sein; nun ist es schwarz auf weiß dokumentiert.

Außerdem gibt es aber auch positive Ergebnisse zu vermelden: Über 90 Prozent der Schulen haben im Bereich „pädagogisches Klima“, „Schulleben“ und „Schülerberatung“ gute bis sehr gute Einschätzungen erhalten. 50 bis 60 Prozent der Schulen dürfen sich über ein insgesamt gutes Inspektionsergebnis freuen, 11 Prozent leisten nach den von der Inspektion gesetzten Kriterien sogar ausgezeichnete Arbeit. Interessant ist auch die Nachricht, 95 Prozent der inspizierten Schulen seien mit dem Verlauf der Inspektion zufrieden gewesen.

Warum also diese Geheimhaltung? Anscheinend soll verschwiegen werden, dass insbesondere im Bereich der Gymnasien Einschätzungen getroffen wurden, die einen enormen Verbesserungsbedarf (bei 75 Prozent der Schulen) in den Bereichen „Lehrerhandeln im Unterricht – Unterstützung eines aktiven Lernprozesses“ aufzeigen. Damit scheint in der Kultusbürokratie niemand gerechnet zu haben, wo doch gerade das Gymnasium die Schulform ist, die bei PISA-Untersuchungen in Deutschland und international gute Werte erreicht. Dieses Ergebnis ist außerdem besonders erstaunlich vor dem Hintergrund, dass dieser Schulform auch bisher schon ein großes Angebot an Fachberaterinnen und Fachberatern zur Verfügung stand.

Bis zum Sommer letzten Jahres – so musste der Minister in der Landtagssitzung

## 50 Jahre in der GEW

Zum 50-jährigen GEW-Jubiläum gratulieren wir im Februar folgenden Kolleginnen und Kollegen und danken für ihre langjährige Mitgliedschaft: Heinrich Baeumer, Dissen; Barbara Hesse, Braunschweig; Ursula Rohde, Osterholz-Scharmbeck; Joachim Schulze, Braunschweig.

Unser Dank gilt außerdem allen Kolleginnen und Kollegen, deren Mitgliedschaft sich in diesem Monat zu einem weiteren Jahr rundet.

eingestehen – war knapp die Hälfte der 248 niedersächsischen Gymnasien inspiziert worden und für neun Schulen (9 Prozent) wurde eine Nachinspektion anberaumt. Da zum damaligen Zeitpunkt erst 16 Prozent aller Schulen einen Besuch der Inspektion erhalten hatten, sieht er diese Datenlage für die Gymnasien als zu gering an, um aussagekräftige Schlussfolgerungen ziehen zu können, und begründet hiermit die Verweigerung der Herausgabe des Zwischenberichtes.

### Unliebsame Ergebnisse vor der Wahl vertuschen

Nichtsdestotrotz werden in MK und NSchl jedoch schon jetzt Vorbereitungen getroffen, die Schulinspektion in so veränderte Bahnen zu lenken, damit der Unterschiedlichkeit der Schulformen und der Fachlichkeit eine größere Bedeutung beigegeben werden kann. Zukünftig sollen nicht nur die „harten Daten“ wie Ergebnisse bei Vergleichsarbeiten, Sitzenbleiberquo-

te und Abschlüsse einbezogen werden. Auch die „kognitive Aktivierung“ der Schülerinnen und Schüler soll stärker in den Blick genommen werden und mittels neuer Instrumente exakter und klarer erfasst werden können. Bezüglich des „Outcome“ der Schule ist beabsichtigt, auch die Studierfähigkeit bzw. die Befähigung zum erfolgreichen Besuch weiterer Schulformen zu berücksichtigen.

Der Minister erhofft sich darüber hinaus auch dadurch verbesserte Beurteilungsergebnisse für die Gymnasien, dass dann auch die Ergebnisse des Zentralabiturs mit in den Inspektionsbericht einfließen. Hier schneiden die Gymnasien in Niedersachsen seines Erachtens „deutlich gut ab“. Es ist also ganz einfach: Wenn die Ergebnisse nicht passen, werden sie halt mittels veränderter Kriterien passend gemacht. Bei einem Verfahren, das sich nicht an wissenschaftlich fundierten Kriterien orientiert, ist so etwas problemlos umzusetzen. Und mit einer Regierung, die offensichtlich

kein Interesse daran hat, die Akzeptanz und Wirkung der Schulinspektion zu intensivieren, indem die Qualitätskriterien für das Bildungswesen öffentlich diskutiert und Ergebnisse offen thematisiert werden, ohne die Betroffenen anzuprangern und gegeneinander auszuspielen, erst recht.

Und gerade deshalb verstärkt sich der Eindruck, der Minister wolle vor der Landtagswahl unliebsame Zwischenergebnisse vertuschen und von dem Problem des noch immer fehlenden, aber dringend benötigten bedarfsgerechten Unterstützungssystems ablenken. Es heißt, den Mitarbeitern des zuständigen Referates, das den Bericht zu verantworten hat, wehe ein recht kühler Wind um die Nase. Der Minister hat angekündigt, es werde daran gearbeitet, zu einem „passenden Zeitpunkt“ zu berichten. Seines Erachtens ist der erst dann gekommen, wenn die Hälfte der Schulen inspiziert ist. Es dürfte also noch etwas dauern.

CORDULA MIELKE

## Schulen mit ganztägigen Angeboten

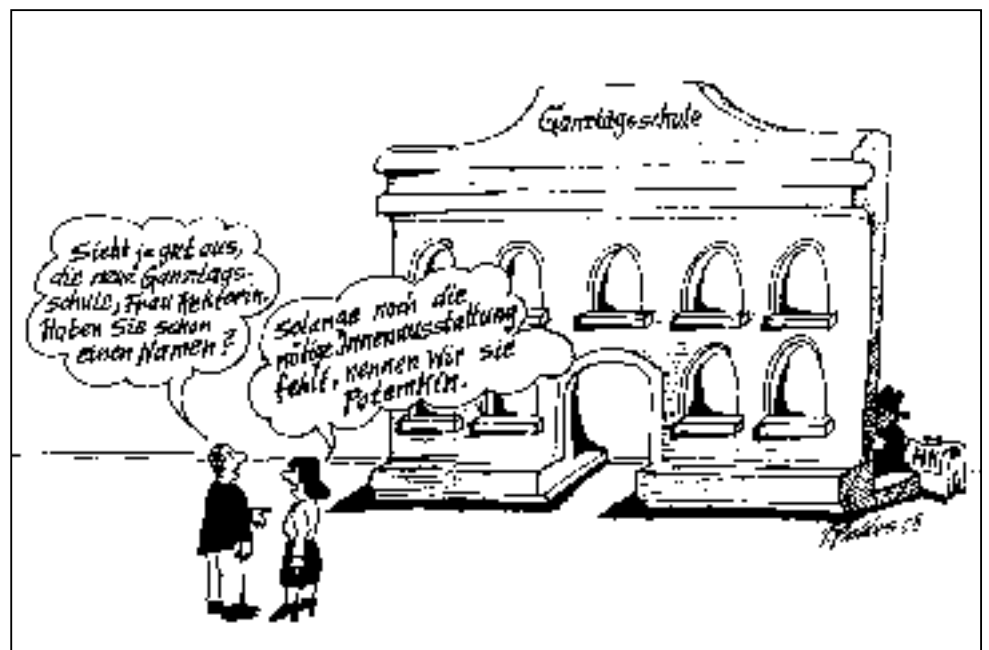
# Die Zahl steigt auf 670

Wahltaktische Gründe werden dabei eine Rolle gespielt haben, dass in diesem Jahr so frühzeitig im MK über die Bewilligungen der Anträge auf Ganztagschule entschieden wurde.

Kurz vor der Wahl veröffentlichte das Kultusministerium die Namen der Schulen, die im kommenden Schuljahr mit der Genehmigung als Ganztagschule arbeiten werden. 130 weitere Schulen, davon mehr als die Hälfte reine Grundschulen, werden somit ein nachmittägliches Betreuungsangebot neben dem Regelunterricht anbieten. Die Zahl der Ganztagschulen steigt damit auf 670 Schulen und Minister Busemann ließ es sich nicht nehmen, darauf hinzuweisen, dass sich die Zahl seit seinem Amtsantritt vervierfacht habe.

So schön, so gut? Vornehm verschwiegen wird, dass die überwiegende Mehrheit dieser Schulen mit deutlich geringeren Ressourcen arbeitet, als es der Erlass für die Ganztagschulen, die die Vorgängerregierung eingerichtet hatte, vorsieht. Einen Vorteil hat die Phase des Vorwahlkampfes für die jetzt genehmigten Schulen allerdings doch gehabt: Obwohl sie bei der Antragstellung ausdrücklich auf zusätzliche Stunden verzichtet haben, werden sie – anders als in den vergangenen Jahren – von Beginn an über ein schmales Budget an Lehrerstunden verfügen. Für die Klasse der Jahrgänge 5 und 6 erhalten sie jeweils 2,5 zusätzliche Stunden, die in Form von 4245 Euro in das schulische Budget fließen. Ein schulisches Ganztagsangebot, das auch eine Rhythmisierung des schulischen Alltags ermöglicht und den Namen Ganztagschule verdient, ist aber auch damit nicht ansatzweise umsetzbar.

Die Mittel aus dem Investitionsprogramm des Bundes „Zukunft Bildung und Betreuung“ (IZBB) in Höhe von 394 Mio. Euro sind nach



Auskunft des MK von Niedersachsen vollständig verbraucht worden und haben an 377 Ganztagschulstandorten Baumaßnahmen ermöglicht. 24 Schulen können jetzt noch mit der Bewilligung rechnen, da die bereits realisierten Maßnahmen kostengünstiger umgesetzt werden konnten als ursprünglich geplant und so Restmittel in Höhe von 29 Mio. Euro freisetzen.

Die Grünen kommentierten die Bekanntgabe mit dem Hinweis, die Landesregierung setze weiterhin auf das Ganztagschul-Billigmodell und biete „nur Schönrechnerei, statt ein qualifiziertes Ganztagschulangebot aufzubauen“. Die Bildungspolitikern Ina Korter bezweifelt auch die vom Ministerium veröffentlichten Zahlen. Bei den angeblich 36 Pro-

zent Schülerinnen und Schüler, die die Möglichkeit nachmittäglicher Angebote nutzen könnten, würden die Gymnasiastinnen und Gymnasiasten mitgerechnet, die aufgrund der regulären Unterrichtsverpflichtung von mehr als 30 Stunden nachmittags die Schulen besuchten.

Laut Ministerium soll die Quote in den kommenden Jahren weiter gesteigert werden, u.a. dadurch, dass die Zahl der Ganztagsgrundschulen steigen soll. Außerdem gilt es die regionale Unwucht zu beseitigen: Während in einzelnen Landkreisen ein Angebot für bis zu 60 Prozent der Schülerinnen und Schüler besteht, bewegen sich andere Regionen bei den Angeboten noch im einstelligen Bereich.

CORDULA MIELKE